

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Bürgeranliegen ernst nehmen - Programmpunkte der MVgida ergebnisoffen thematisieren

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass seit dem 12. Januar 2015 in Mecklenburg-Vorpommern regelmäßige Spaziergänge der Bürgerbewegung MVgida (Mecklenburg-Vorpommern gegen die Islamisierung des Abendlandes) durchgeführt werden und aus diesen Reihen heraus eine Liste mit politischen Forderungen an die Landtagsabgeordneten gerichtet worden ist.
2. Der Landtag bekennt sich zur Förderung basisdemokratischer Bestrebungen und seiner Verantwortung, möglichst viele Bürgeranliegen aufzugreifen, zu entwickeln und gegebenenfalls politisch umzusetzen.
3. Die Programmpunkte der MVgida werden zeitnah im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ergebnisoffen diskutiert.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Am 26. Januar 2015 wurde ein Brief an alle Abgeordneten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern versendet, in dem die Veranstalter der MVgida-Abendspaziergänge ihre Programmpunkte vorstellen.

Wörtlich heißt es dort:

1. WIR FORDERN DIE SCHAFFUNG EINES EINWANDERUNGSGESETZES NACH DEM MODELL VON KANADA ODER DER SCHWEIZ!

Wir wollen klare Regeln, wer und unter welchen Umständen nach Deutschland einwandern darf. Wir helfen gern Menschen in der Not, aber wir wollen weder islamistische Parallelgesellschaften noch einen unkontrollierten Massenansturm von Wirtschaftsflüchtlingen in unserem Land. Außerdem müssen die Asylverfahren beschleunigt werden.

2. WIR FORDERN EINE PFLICHT ZUR INTEGRATION!

Das Recht zur Integration muss auch mit einer Pflicht zur Integration einhergehen. Beides soll im Grundgesetz verankert werden. Wenn dies konsequent umgesetzt wird, dann werden auch die Ängste der Menschen zum Thema Islamisierung, Überfremdung oder dem Verlust unserer Kultur verschwinden. Wir wollen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch eine Heimat haben, in der deutsch gesprochen und deutsche Kultur gelebt wird.

3. WIR FORDERN EINE KONSEQUENTE AUSWEISUNG UND EIN WIEDEREINREISEVERBOT FÜR ISLAMISTEN UND RELIGIÖSE FANATIKER!

Wer der Auffassung ist, dass er in anderen Ländern „Heilige Kriege“ führen will, der soll gefälligst auch gleich dort bleiben. Wir wollen aber keine Brandstifter und Kopfab-schneider, die in Deutschland den nächsten Bürgerkrieg vorbereiten. Wir wollen auch keine Ehrenmorde und Kinderehen. Diese mittelalterlichen Rituale gehören nicht nach Deutschland.

4. WIR FORDERN DIE EINFÜHRUNG VON VOLKSENTSCHEIDEN UND DIREKTER DEMOKRATIE AUF BUNDESEBENE!

Wir wollen, dass das deutsche Volk über alle wichtigen Themen selbst entscheiden darf. Bisher ist es nämlich so gewesen, dass sich der Bundestag bei entscheidenden Fragen, z. B. bei der Einführung des Euro oder der Beteiligung an Angriffskriegen, über den klaren Willen des Volkes hinweggesetzt hat.

5. WIR FORDERN EIN ENDE DER KRIEGSTREIBEREI GEGEN RUSSLAND UND EIN FRIEDLICHES MITEINANDER ALLER NATIONEN IN EUROPA!

Wir lehnen jede weitere Aufgabe der Autorität der Landesparlamente bei gleichzeitiger Kompetenzverlagerung nach Brüssel entschieden ab. Wir sagen JA zu Europa, aber NEIN zu einer EUDSSR. Wir wollen ein friedliches Neben- und Miteinander souveräner Nationen in Europa. Der Kriegstreiberei gegen Russland, die aus einer blinden US-Hörigkeit herrührt, muss ein Riegel vorgeschoben werden.

6. WIR FORDERN AUSREICHEND MITTEL FÜR DIE INNERE SICHERHEIT UNSERES LANDES!

Dies umfasst einen sofortigen Stopp beim Stellenabbau der Polizei und die Ausstattung selbiger mit den erforderlichen und zeitgemäßen Mitteln, um den gewachsenen Anforderungen Herr zu werden. Wir fordern, dass Polizei und Justiz nicht länger wegschauen, wenn Linksautonome unsere Städte in Schutt und Asche legen, und wir fordern ebenso, dass gegen kriminelle Ausländerclans hart durchgegriffen wird. Und schließlich fordern wir, dass die Geheimdienste nicht dazu missbraucht werden, um die eigenen Bürger auf Schritt und Tritt zu bespitzeln. Wenn zum Beispiel der Verfassungsschutz, wie es aktuell gerade wieder vorgekommen ist, ausschließlich dazu dient, die eigenen Bürger auszuspiönieren und oppositionelle Gruppen zu unterwandern, dann kann man diese Behörde auch gleich ganz abschaffen.

Diese Forderungen werden wöchentlich von mehreren hundert Teilnehmern der Montagsspaziergänge unterstützt. Es liegt in der Verantwortung des Landtages, die Anliegen dieser Menschen ernst zu nehmen sowie ihre Programmpunkte aufzugreifen, unvoreingenommen zu diskutieren und daraus gegebenenfalls politische Schlussfolgerungen zu ziehen.